Bezirkskonferenz 2007 – IG Metall-Bezirksleiter Jörg Hofmann zu aktuellen Themen

»Die Tarifbindung sichern«

Am 27. Juni fand in Böblingen die Bezirkskonferenz 2007 der IG Metall Baden-Württemberg statt. Aus diesem Anlass sprach metall mit Bezirksleiter Jörg Hofmann zu aktuellen Themen.

metall: Wie sieht deine persönliche Bilanz der Tarifrunde aus?

Jörg Hofmann: Wir lesen überall von sprudelnden Unternehmensgewinnen und explodierenden Managergehältern. Die faire Beteiligung der Beschäftigten ist trotzdem kein Selbstläufer. Es war ein hartes, zähes Ringen um Prozente. Erst die massiven Warnstreiks brachten den notwendigen Druck auf die Arbeitgeber. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Und in den Branchen?

J.H.: Auch bei Metallbau und Holz und Kunststoff konnten wir deutliche Entgeltsteigerungen durchzusetzen. Damit können wir sehr zufrieden sein.

Jörg Hofmann

Wo liegen Herausforderungen für die Zukunft?

J.H.: Eine große Herausforderung ist und bleibt der Erhalt des Flächentarifs. Dies setzt eine hohe Tarifbindung der Unternehmen voraus. Es gilt also, Tarifbindung zu sichern und wieder herstellen durch eine mitgliederstarke IG Metall im Betrieb.

Kämpft die IG Metall mit den Veränderungen der Arbeitswelt?

J.H.: Sicher. Wir befinden uns seit Jahren in einem gewaltigen Wandel, den die fortschreitende Globalisierung mit sich bringt. Der Kampf um Standorte und Beschäftigung begegnet uns täglich. Wir haben mit dem Pforzheimer Abkommen eine Antwort für Sicherung und Entwicklung von Beschäftigung und Ausbildung gefunden, die uns als Tarifvertragspartei in eine direkte Verantwortung für Beschäftigung, Investitionen und Innovationen in den Betrieben brachte. Ein weiteres großes Thema ist die Problematik alternder Belegschaften.

Wie sieht es mit Altersübergangsmodellen aus?

J.H.: Beschäftigte zählen heute leider bereits mit Anfang 50 zum alten Eisen und werden aussortiert. Zudem machen viele Betriebe bei den Arbeitsbedingungen eine Rolle rückwärts. Die Folge: An vielen Arbeitsplätzen ist es unmöglich, bis zum Rentenalter zu arbeiten. Deshalb brauchen wir auch in Zukunft Modelle, die einen gleitenden Übergang in die Rente ermöglichen. Die Tür für tarifpolitische Lösungen ist geöffnet. Aber vorher muss der Gesetzgeber seine Hausaufgaben machen und klar definierte Rahmenbedingungen bieten, auf die unsere tariflichen Lösungen aufbauen können. ◄

Kfz-Handwerk: Tarifflucht der Arbeitgeber

Jetzt ist Gegenwehr notwendig – Widerstand formiert sich

Die gute Nachricht zuerst: Für die Kfz-Handwerker in Baden-Württemberg gibt es seit Juni 1,9 Prozent mehr Einkommen. Die schlechte Nachricht: Nachdem die Arbeitgeber ihre Tarifzuständigkeit aufgegeben haben, drohen sie nun mit der baldigen Kündigung aller Tarifverträge.

»Jetzt ist Gegenwehr notwendig«, sagt Jürgen Ergenzinger, der bei der IG Metall-Bezirksleitung Baden-Württemberg fürs Metallhandwerk zuständig ist. Mit ihrer »Flucht aus der Verantwortung« und der Bildung einer Tarifgemeinschaft wollten die Arbeitgeber die Beschäftigten in die Enge treiben und Arbeitsbedingungen und Einkommen verschlechtern. Jürgen Ergenzinger befürchtet: »Überall dort, wo Belegschaften schlecht organisiert sind, einen schwachen oder gar keinen Betriebsrat haben, wollen sie massive Verschlechterungen durchdrücken.«

Foto: Graffiti/Storz

Kfz-Handwerk: Widerstand gegen die Tarifflucht der Arbeitgeber formiert sich

Auch mit einer baldigen Kündigung sämtlicher Tarifverträge rechnet Ergenzinger. Der Verband hat einen solchen Schritt bereits konkret angekündig. Zwar gelten die laufenden Einkommenstarifverträge bis Februar 2008, aber spätestens dann droht ein tarifloser Zustand. Ergenzinger: »Dann sind alle der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgesetzt, ohne die Schutzmechanismen der Tarifverträge – und das verheißt nichts Gutes.«

Aber in den Betrieben formiert sich Widerstand. »Kampflos werden die Beschäftigten das Feld nicht räumen«, so Ergenzinger. Eine erste Aktionswoche gab es schon im Juni: Die Beschäftigten wurden darüber aufgeklärt, wie sich die Arbeitgeber-Entscheidung auf jeden einzelnen auswirkt. »Wir werden mit aller Macht dagegen halten«, so Ergenzinger: »Wenn es sein muss, auch mit Häuserkampf.« Die Beschäftigten hätten auch künftig Anspruch auf anständige Entgelte und Arbeitsbedingungen. ◄

NSN Bruchsal – Europaweiter Protest

»Innovation statt Personalabbau!«

Foto: NSN Bruchsal

Europaweiter Protest bei NSN: Überall hohe Beteiligung wie hier in Bruchsal

NSN heißt Nokia Siemens Networks – oder in einer aktuellen Lesart: Nein, so nicht! Unter diesem Motto beteiligten sich zwischen 600 und 700 Beschäftigte des Standorts Bruchsal am europaweiten Aktionstag – mit etwa 80 Prozent der im Betrieb Anwesenden eine hohe Beteiligung.

Wie in metall 6/07 berichtet, will NSN bundesweit 2800 bis 2900 Jobs streichen, um die Rendite zu erhöhen. Außerdem gibt es Pläne für Ausgliederungen von Werksteilen. Nach der Protestaktion begann die Sitzung des Wirtschaftsausschusses in München, wo der Konzern dem Gesamtbetriebsrat weitere Zahlen bezogen auf die Geschäftsbereiche vorlegen wollte. Betriebsratschef Ernst Färber fuhr deshalb gleich dorthin. Bis Redaktionsschluss wurde über Auswirkungen auf einzelne Standorte nichts bekannt. Aktuelles im Internet: www.nsn-dialog.de.

Bruchsals Bevollmächtigter Eberhard Schneider forderte beim Aktionstag statt des Personalabbaus eine Innovationsoffensive – zusammen mit den insgesamt 1300 Beschäftigten am Standort. NSN sei kerngesund, offensichtlich gehe es nur um die Steigerung der Gewinne. Schneider verwies darauf, dass bis September 2009 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen sind. Eberhard Schneider und Ernst Färber kündigten eine erhebliche Ausweitung der Proteste an, falls der Konzern von seinen Abbauplänen nicht abrücke. ◄

Ericsson in Backnang: Wird die Entwicklung ausgelagert?

»Keiner kann sich mehr sicher fühlen«

»Es gibt genug Arbeit bei Ericsson, lasst uns arbeiten« – unter diesem Motto demonstrierten etwa 300 Beschäftigte in Backnang (Rems-Murr-Kreis). Der schwedische Kommunikationskonzern Ericsson will die Entwicklung – ein Kerngeschäft – auslagern.

»Es war keiner mehr drin im Betrieb«, meinte Uwe Schmidt-Harms, Betriebsrat und Leiter der IG Metall-Vertrauensleute. Trotz Urlaubszeit gab es eine große Beteiligung an Protestzug und Kundgebung. »Verlieren die Entwickler ihre Arbeitsplätze, sind die Arbeitsplätze im Support, Vertrieb, Einkauf, Rechnungswesen und Personalarbeit ebenso gefährdet«, sagte Vertrauensfrau Renate von Ow. Keiner der insgesamt 500 Beschäftigten könne sich mehr sicher fühlen.

In der Entwicklung sei in großem Umfang Arbeit vorhanden, sagte Betriebsratsvorsitzender Rolf Lohrmann. Für die Abläufe sei es wenig sinnvoll, Teile der strategischen Entwicklung auszulagern.

Anne Rieger, Mitglied des Aufsichtsrats bei Ericsson Deutschland und Zweite Bevollmächtigte der Waiblinger IG Metall, forderte »mehr, zusätzliche und alternative Entwicklungsvorhaben« für Backnang. Sie schlug vor, an die internationale betriebliche und außerbetriebliche Öffentlichkeit zu gehen: »So laut und so lange, bis uns in der schwedischen Konzernzentrale jeder Entscheider hört.« ◄

Foto: Andrea Wahl

Ericsson Backnang: Protest gegen Auslagerung der Entwicklung

Edelmetall

6,5 Prozent gefordert: Die Tarifkommission Edelmetallindustrie hat die Einkommenstarifverträge gekündigt und fordert ein Entgeltplus von 6,5 Prozent. Aus der Verhandlungskommission Jürgen Köhler: »Im Schmuckbereich läuft's gut. 6,5 Prozent sind mehr als gerechtfertigt.« Peter Abendschein: »Auch in den anderen Bereichen ist das ein Muss.« Ende Juni war die erste Verhandlung. ◄

Heidelberger Druck

Zweiter Ergänzungstarifvertrag

Arbeitsplätze bis 2012 gesichert

Erholzeiten bleiben erhalten: Zwischen IG Metall, Betriebsrat und Vorstand der Heidelberger Druckmaschinen wurde im Juni ein neuer Ergänzungstarifvertrag für alle Standorte vereinbart. Nachdem Tarifkommission, Gesamtbetriebsrat und Vertrauensleutevollversammlung Heidelberg/Wiesloch zugestimmt hatten, wurde aus den Eckpunkten der Vertrag formuliert. Darin wurden zum Beispiel Regelungen zur ERA-Einführung festgelegt. So wird das Entgeltrisiko bei der ERA-Einführung auf höchstens zwei Prozent des individuellen Entgeltes begrenzt. Die Erholzeiten (Steinkühlerpause) bleiben erhalten. Betriebsbedingte Kündigungen sind bis Ende März 2012 ausgeschlossen.
Der Beitrag der Beschäftigten besteht in einer Anhebung der individuellen Arbeitszeit um 30 Minuten pro Tag. Das entspricht dann einer 37,5-Stunden-Woche. Als Ausgleich erhalten die Beschäftigten aber Möglichkeiten für die betriebliche Altersversorgung – nämlich jährlich sechs Rentenbausteine auf Basis von sechs Bruttoentgelttagessätzen. ◄

Airbus Laupheim

Wieder Arbeitsniederlegung. Betriebsräte lehnten Verhandlungen vorerst ab: Bei Airbus in Laupheim legten die Beschäftigten im Juni erneut die Arbeit nieder. Grund: Bisher gab es im sozialen Dialog auf europäischer Ebene kein Entgegenkommen des Konzerns, wie die Betriebsräte der deutschen Standorte mitteilten. Der Einstieg in nationale Verhandlungen wurde deshalb abgelehnt. Das Airbus-Management sei bei seinen Zielen geblieben und habe sich nicht bereit gezeigt, auf Bedenken und Vorschläge der Arbeitnehmervertreter einzugehen. So gebe es für die vom Verkauf bedrohten Standorte bisher keine weiteren Erklärungen. Wirtschaftliche Vorteile eines geplanten Verkaufs seien bis dato nicht nachgewiesen worden. Am Personalabbau werde aber festgehalten. Auch hier wurden die Forderungen der Betriebsräte bisher nicht beachtet. ◄

Rechtsextremismus: Studie der Uni Tübingen im Rems-Murr-Kreis

Beunruhigende Erkenntnisse

»Wir wollten schon immer wissen, wie das wirklich aussieht mit den rechtsradikalen Strukturen im Rems-Murr-Kreis«, sagt Waiblingens IG Metall-Bevollmächtigter Dieter Knauss. Über den Verein für internationale Arbeits- und Kulturbeziehungen (VIAK, siehe Seite 31 dieser Ausgabe) wurde deshalb die Tübinger Universität mit einer Studie beauftragt.

Das Ergebnis liegt jetzt vor und ist beunruhigend: Die politische Kultur, schreiben die Tübinger Wissenschaftler um Prof. Josef Held, ist durch eine rechtsgerichtete Stimmung geprägt. Und: In Regionen, die wirtschaftlich keineswegs abwärts driften, übe der Rechtsextremismus eine starke Faszination auf viele Jugendliche aus. Mangelnde Integration, Arbeits- und Orientierungslosigkeit scheiden als Ursachen aus. Vielmehr machten die Wissenschaftler eine starke lokale Orientierung als Hauptgrund fest. »Die Rückkehr zum eigenen Ort kann als Gegenbewegung zur Globalisierung betrachtet werden«, sagt Held. Das Fremde werde als bedrohlich empfunden. Rechtsorientierte Akteure seien oft gut in ihr Gemeinwesen integriert. »Der Rems-Murr-Kreis ist dabei gar keine so schlimme Region«, so Held, »sondern nur ein Beispiel.« Die Erkenntnisse würden für viele prosperierende, ländliche und kleinstädtische Regionen zutreffen. Nicht die Existenz rechtsextremer Gruppen sei das Problem, sondern die politische Kultur, die dies akzeptiere. ◄

Foto: IGM Stuttgart

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering (SPD) stand dem Ortsvorstand der Stuttgarter IG Metall fast drei Stunden lang Rede und Antwort rund um die Themen Mindestlohn, Arbeitsmarktpolitik, Steuerreform und Rente mit 67. »Es war ein intensiver Meinungsaustausch in einer entspannten und sachlichen Atmosphäre«, sagte Zweiter Bevollmächtigter Uwe Meinhardt (links im Bild.). Weiter auf dem Bild: v.l. Ute Kumpf, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Müntefering und Hansjörg Schmierer (IG Metall Stuttgart).

Kurz gemeldet

TTE Villingen:

Strafbare Verstöße des Geschäftsführers?

Im Fall des vorsätzlich herbeigeführten Konkurses bei TTE in Villingen (metall 5/2007) haben Betriebsrat und IG Metall Villingen-Schwenningen der Staatsanwaltschaft Hinweise über mögliche Verstöße des Ex-Geschäftsführers gegen seine Pflichten übergeben.

Die Unterlagen sollen beweisen, dass der ehemalige Geschäftsführer John Stolte an dem Coup zu Lasten deutscher Steuer- und Sozialversicherungsbeitragszahler mitgewirkt und sich somit strafbar gemacht hat. Rechtsanwalt Thomas Gnann aus Freiburg hat das siebenseitige Papier plus Anlagen erarbeitet. Für Michael Ruhkopf, Bevollmächtigter der IG Metall Villingen-Schwenningen, ist damit noch klarer geworden: Die Insolvenz bei TTE ist von langer Hand vorbereitet und durchgezogen worden. Beteiligte sind nach seiner Ansicht John Stolte als damaliger Geschäftsführer, das chinesische Mutterunternehmen TCL und mindestens noch ein mit deutschem Recht gut vertrautes Rechtsanwaltsbüro.

»Skrupellos hat man darüber beraten, wie man, nachdem man das Know-how des Unternehmens und seiner Beschäftigten abgezockt hatte, den Betrieb auf billige Art und Weise los werden kann – egal, wer den Schaden zu zahlen hat«, so Ruhkopf. Er kündigte an: »Die Angelegenheit ist noch nicht erledigt. Mittlerweile haben wir die Bundesregierung eingeschaltet und auch der baden-württembergische Wirtschaftsminister hat sich beschwerdeführend an den chinesischen Botschafter in Deutschland gewandt. Es geht weiter!« ◄

www.igmetall-zoom.de:

IG Metall-Netzwerk für Zeitarbeiter/innen

ZOOM – das heißt »Zeitarbeiter/innen - Ohne Organisation Machtlos« und ist ein virtuelles Netzwerk für Menschen in Zeitarbeit. Hier können sich sowohl Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen als auch Arbeitnehmervertretungen der verleihenden und der ausleihenden Firmen vernetzen. Das Netzwerk ist eine Plattform für Informationen. Das Angebot ist sehr umfangreich und geht von Rechtstipps über tagesaktuelle Presseberichte bis hin zum Chat. Der Link: www.igmetall-zoom.de. Beschäftigte in Zeitarbeit sind aufgerufen, Mitglied der IG Metall zu werden. So schrieb beispielsweise die IG Metall Bruchsal einen Brief an Zeitarbeiter/innen, in dem auf die Vorteile einer starken Gemeinschaft hingewiesen wird. Motto: Je mehr Mitglieder in den Unternehmen sind, umso bessere Arbeitsbedingungen können erreicht werden. ◄

Impressum
Bezirk Baden-Württemberg,
Stuttgarter Straße 23,
70469 Stuttgart, Telefon 0711–16 58 10, Fax 0711–16 58 1-30,
E-Mail: bezirk.baden-wuerttemberg@igmetall.de
Verantwortlich: Jörg Hofmann
Redaktion: Kai Bliesener, Ulrich Eberhardt